

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 26

Artikel: Afghanistan nachgeführt
Autor: Scherrer, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094282>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Afghanistan nachgeführt

Paul Bucherer, Rudolf Friedrich, Olivier Roy, Albert A. Stahel: «Afghanistan 1988/89». Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung, illustriert. Unter anderm stützen sich die Berichte auf Unterlagen der Zeitbild-Mitarbeiter Beat Krättli und Daniel Jurt.

Afghanistan ist noch immer ein Thema, leider. Und so hat denn auch die Stiftung Bibliotheca Afghanica wieder eine Beilage zur «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung» verfasst, welche die politischen und militärischen Verhältnisse im Land am Hindukusch näher beleuchtet. Besondere Aktualität kommt ihr gerade heuer zu, nachdem im April ein Abkommen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ausgehandelt worden ist.

Die Verfasser beschäftigen sich in einem ersten Teil mit diesem Genfer Abkommen und dessen bisheriger Verwirklichung, ohne freilich in den da und dort feststellbaren euphorischen Ton einzustimmen. Die Beiträge zeichnen sich aus durch eine nüchtern-analytische Einschätzung der militärischen und politischen Lage im inzwischen zum grössten Teil zerstörten Afghanistan. Skepsis zeigt sich gegenüber der Sowjetunion dort, wo das Genfer Abkommen zwar den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan festhält, dabei aber die mehrere tausend Mann umfassenden sowjetischen «Berater» unberücksichtigt lässt. Sie sind es, die noch

immer das Rückgrat der Streitkräfte und die Bürokratie bilden, die beide für das Überleben des Regimes unentbehrlich sind.

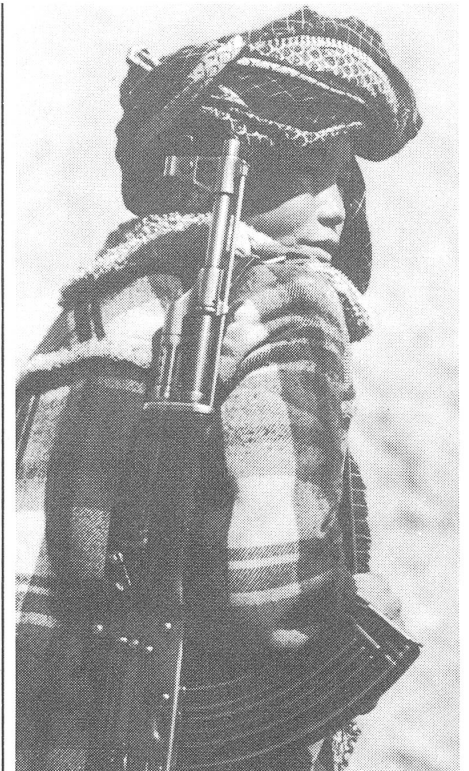
Der Geheimdienst – ein gefährlicher Gegner

Der Rückzug oder Verbleib der «Berater» wird auch über die weitere Zukunft Afghanistans entscheiden, mit der sich die Verfasser nach einer Gegenüberstellung der afghanischen politischen und militärischen Kräfte mit denjenigen der Mujahedin befassen. Ernüchternd nimmt sich hier vor allem der Vergleich des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Kabul und dem Widerstand aus. Auch wenn die Kampfmoral der afghanischen Regierungstruppen derjenigen der Mujahedin weit unterlegen ist, darf doch nicht übersehen werden, dass immerhin ein Drittel der 155 000 bis 160 000 Mann starken afghanischen Streitkräfte doch Angehörige des Sicherheitsdienstes Khad sind. Dazu kommen noch rund 30 000 Mann der «Sarandoy», der Polizei, die dem afghanischen Innenministerium unterstellt sind.

Beide Gruppen, die immerhin etwa die Hälfte der afghanischen Streitkräfte ausmachen, gehören für das Kabuler Regime zu den zuverlässigsten Anhängern. Wiewohl die Mujahedin mit ihren ebenfalls etwa 130 000 bis 160 000 ständig unter Waffen stehenden Kämpfern, mit ihrer guten Kampfmoral und den für sie günstigen topographischen Verhältnissen dem Regime von Kabul trotzen können, haben der Khad und die Sarandoy doch eine reelle Chance, das Regime in Kabul erfolgreich zu stützen.

Militärischer Rückzug – politischer Verbleib?

Aufhorchen lässt hier die wohl nicht unbegründete Vermutung der Verfasser, dass Kabul und seine Sicherheitskräfte von den Sowjets den Auftrag haben, den Abzug der sowjetischen Truppen zu sichern und die Hauptstadt Kabul zu halten. Sollte dies allerdings nicht möglich sein und kein allgemein – auch von Moskau und deren Marionetten in Kabul – anerkannter Nachfolger für den afghanischen Statthalter der Sowjets, Nadjibullah, gefunden werden, so ist eine Rückverlegung des (kommunistischen) Regierungssitzes in die neugeschaffenen Provinzen in Nordafghanistan vorgesehen. Diese letzte Stellung müsse unter allen Umständen gehalten werden, da durch einen vollständigen Zusammenbruch des Regimes



Aufnahme: Qasim Wafa/Bibliotheca Afghanica, Liestal.

die Sowjetunion den Zugriff auf die wichtigen Erdgaslager bei Shiberghan verlieren würde . . .

Moskau hinterlässt ein zerrüttetes Land

Skeptisch stimmt denn auch die Auseinandersetzung mit der politischen Zukunft Afghanistans, zumal hier als erschwerendes Element die traditionellen Spannungen nicht nur zwischen den einzelnen Volksgruppen innerhalb Afghanistans, sondern auch zwischen Afghanistan und Pakistan hinzukommen. Nicht vergessen werden dürfen hier allerdings neben den Streitereien unter den Mujahedin auch die Spannungen innerhalb des Kabuler Regimes. Dieses Problem dürfte sich nach einem gänzlichen Rückzug der Sowjets noch verschärfen, wobei hier freilich darauf hingewiesen werden muss, dass es der sowjetische Einmarsch war, der das labile Gleichgewicht in Afghanistan zerstörte.

In dieser Nummer

Glasnost-Vorarbeiter	4
Das Verdienst von Radio Liberty/Radio Free Europe	
Glasnost lässt Zahlen sprudeln	6
Sowjetstatistik schwenkt auf Realität ein	
DDR: Still stirbt ein Dorf	7
Umweltzerstörung im Alltag drüben	
Menschenrechte in Nicaragua	8
Zu einem Bericht von Amnesty International	
Reformzwang kontra Reformsperrern	9
Vom Aufbruch zum Durchbruch in Ungarn	
Welche Kurden?	12
Buchtipp zu einem auch schweizerisch gewordenen Problem	



Aufnahme: Qasim Wafa.

Ein Grund dafür ist die Dezimierung der heutigen afghanischen Bewohner auf die Hälfte der ursprünglich etwa 17 Millionen Einwohner: Immerhin sind in dem nunmehr neun Jahre anhaltenden Krieg gegen die Sowjets 1,2 Millionen Menschen umgekommen; über 5 Millionen sind ins Ausland geflohen, und etwa 2,5 Millionen Afghanen haben ihr angestammtes Gebiet verlassen und sich nach Kabul oder in die Berge gerettet. Dazu kommt auch noch die weitgehende Zerstörung des Landes, vor allem der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, der Bewässerungsanlagen, des Viehbestandes und der Weideflächen. Ausserdem leidet etwa die Hälfte der verbliebenen afghanischen Bevölkerung an Krankheiten, die früher fast ausgerottet waren: Malaria, Tuberkulose, Darmkrankheiten, Aussatz.

Beschämendes Kapitel für die Schweiz

Beschämend nimmt sich da die humanitäre Hilfe der Schweiz aus. Wie alt Bundesrat

Rudolph Friedrich schreibt, vernachlässigten sowohl der Bund als auch die grossen privaten Hilfswerke Afghanistan fast völlig. Zu überzeugen vermag hier auch nicht das Argument der politischen und topographischen Unzugänglichkeit des Landes, zumal ausländische Institutionen und kleinere private Hilfswerke sehr wohl humanitäre Hilfe leisten konnten, und das seit Jahren. Afghanistan ist hier auch für die Schweiz zu einem unrühmlichen Blatt geworden. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Schweiz beim Wiederaufbau des Landes mehr engagiert als bisher. Die Afghanen haben unsere Hilfe dringend nötig.

Die Beilage kann direkt bestellt werden beim Afghanistan-Archiv, Benzburweg 5, 4410 Liestal. ■



Sowjetischer Kampfhelikopter MI-24 (Aufnahme: Beat Krättli).

LIEBE LESER

Im Zusammenhang mit Radio Free Europe/Radio Liberty, über deren anhaltend wichtige Tätigkeit wir auf den folgenden Seiten berichten, kommt zu Jahresende ein guter Bescheid aus Moskau. Die UdSSR hat ihre Störsender gegen die Deutsche Welle, die Stimme Israels und eben gegen Radio Liberty eingestellt.

Die Zeitschrift «Moscow News» (Nr. 51/1988), die den Entscheid begrüsst, nimmt Bezug auf die jahrzehntelange Störtätigkeit zuvor. Begründet worden sei sie damit, dass die ausländischen «Stimmen» immer Gerüchte, Fehlinterpretationen und Lügen verbreitet hätten. Keine sehr gute Begründung, denn in diesem Fall würden sich die betreffenden Sender mit der Zeit selbst diskreditiert haben, und man hätte sie nicht zu stören brauchen. Nein, so «Moscow News» weiter, der Witz habe vielmehr darin bestanden, dass die «Stimmen» nicht anhaltend gelogen hätten. Wohl hätten sie ihre eigene Ideologie angeboten, aber eben verpackt in Informationen, die in der UdSSR verboten gewesen seien.

Die Einstellung der Störtätigkeit wird als Fortschritt im Interesse unter anderem der sowjetischen elektronischen Medien begrüsst, welche die Konkurrenz nicht gewohnt seien und von ihr zu besseren Leistungen angespornt werden könnten. Als jüngstes Beispiel wird das Erdbeben von Armenien angeführt, über das Radio Liberty sofort adäquat berichtet habe, im Unterschied zu den landeseigenen Radiostationen. «In diesem Fall hörten wir vom ausländischen Sender, was wir von unserm eigenen Sender hätten hören sollen.»

So rein technisch-professionell sind die Mängel der sowjetischen Berichterstattung gerade über Armenien freilich nicht. Dort hat zum Beispiel die Armee nicht nur die Aufgabe, den Erdbebenopfern zu helfen, und jedermann in der Region weiss über die Hintergründe Bescheid. Auch eine Naturkatastrophe von diesem Ausmass hat sie nicht aus der Welt zu schaffen vermocht. In der Behandlung der nationalen Fragen tut sich die Glasnost nach wie vor am schwersten. Indessen kommt jeder Fortschritt, den sie insgesamt macht, auch der Gesamtheit der Öffentlichkeit zugute, und die Einstellung der Störsender gegen Radio Liberty gerade zum Zeitpunkt einer kritischen transkaukasischen Situation ist ein Beleg dafür, dass man in der eingeschlagenen Richtung weitergehen will. Das schliesst sektorale Rückschläge nicht aus, macht sie aber atypisch.

Der internationalen Verständigung tun sich neue Chancen auf. Aber ein gutes neues Jahr wünsche ich Ihnen, liebe Leser, nicht nur in diesem Sinne, sondern überhaupt.

Christian Brügger